

Ina Jacobi

Geschäftsführerin

Organisation & Verwaltung

Fraktionsbüro im Neuen Rathaus

Hiroshimaplatz 1-4

Tel.: +49 (551) 400 2785

Grueneratsfraktion@goettingen.de /

i.jacobi@goettingen.de

www.gruene-

goettingen.de/fraktionen/stadtrat

Änderungsantrag
Zu TOP 13
der Ratssitzung
am 13. Oktober 2023

Göttingen, 11. Oktober 2023

Kombinationspaket für eine erreichbare autoarme Innenstadt – Anwohnerparken für Innenstadtbewohner:innen und Shuttle- Service für Gäste

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Absprache mit der Stadtwerke Göttingen AG und den Göttinger Verkehrsbetrieben folgende Maßnahmen zu planen, voranzutreiben und nötige Entscheidungen den zuständigen Gremien zügig als Beschluss vorzulegen:

1. *bleibt*
2. Die Ausweisung **von Park&Ride Parkplätzen an den Einfallstraßen der Stadt** und die Einrichtung eines Shuttle-Services von dort in die Innenstadt mit einer attraktiven Taktung.
3. **Sechs Monate vor Start des Shuttle-Service startet eine Informationsoffensive zur Nutzung des Park&Ride-Angebots. Zwei Jahre nach** Start des Shuttle-Services erfolgt eine Auswertung der Inanspruchnahme.
4. **Überarbeitung der Parkgebührenordnung durch Änderung von § 2 (4) mit dem Ziel, das Parken im Parkhaus auch in den Randzeiten attraktiver zu machen als das Parken am Straßenrand.**

Begründung:

Zu 2: Menschen fahren mit ihren PKWs die Stadt aus den verschiedenen Himmelsrichtungen an. Park&Ride-Angebote müssen folglich an allen größeren Einfallstraßen geschaffen werden (Kasseler Landstraße, Im Rinschenrott, An der Lutter, Duderstädter Landstraße, Reihhäuser Landstraße).

Zu 3: Damit sich neue Angebote etablieren, müssen sie zum einen bekannt sein, zum anderen brauchen sie Zeit, sich zu festigen. Eine Informationsoffensive ist daher ebenso wichtig wie ein nicht zu kurz gewählter Evaluationszeitraum.

Zu 4: Die derzeitige Regelung sieht eine Gebührenpflicht für Straßenparkplätze nur Montags bis Freitags von 8 Uhr bis 19 Uhr sowie Samstags von 8 Uhr bis 17 Uhr vor, was den problematisieren Effekt der Verlagerung des Parkens von den Parkhäusern in den öffentlichen Raum mit sich bringt. Die politisch gewollte Entlastung des öffentlichen Raums sollte sich in einer dazu passenden Gebührenordnung widerspiegeln.